avenir suisse
news

18. November 2022
Im Browser ansehen

Neue Studie

«Wen schützt der Lohnschutz?»

Der flexible Arbeitsmarkt ist ein bedeutender Erfolgsfaktor der Schweiz – doch die regulierenden Elemente nehmen allmählich überhand. Dabei sticht die wachsende Bereitschaft hervor, von staatlicher Seite in die Lohnbildung einzugreifen – mit kantonalen Mindestlöhnen, flankierenden Massnahmen und allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen. In einer neuen Avenir-Suisse-Studie analysieren Marco Salvi, Patrick Leisibach und Patrick Schnell diese Entwicklung und hinterfragen die hierzulande oft beschworene Bedeutung des Lohnschutzes.

«Wen schützt der Lohnschutz?»

Co-Autor Patrick Leisibach beantwortet 5 Fragen zur neuen Studie

Der Wochenkommentar

Übertriebener Aufschrei

«Stärkster Reallohnverlust seit 80 Jahren.» Eine Prognose der UBS schlug unlängst hohe Wellen. In alter Klassenkampf-Manier doppelten die Gewerkschaften nach: «Löhne rauf!». Patrick Leisibach hält die Unkenrufe für übertrieben. Zwar könnten steigende Lebenskosten bei den Krankenkassenprämien oder beim Wohnen für einige Haushalte zum finanziellen Problem werden. Allerdings verfügt die Schweiz über ein umfassendes soziale Netz. Sozialwerke wie die individuellen Prämienverbilligungen, Sozialhilfe und die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV entlasten die Haushalte zielgerichtet. Kantone und Gemeinden stehen in der Pflicht, bei Bedarf Anpassungen an den Leistungen vorzunehmen.

Übertriebener Aufschrei

Denkanstoss

Es ist Zeit für einen europapolitischen Kompromiss

Zaghafte Anzeichen einer Annäherung der Schweiz und der Europäischen Union geben Hoffnung auf eine Normalisierung der Beziehungen. In ihrem «Denkanstoss» erklärt Senior Researcher Teresa Hug Alonso, warum es an der Zeit ist, dass sich die unterschiedlichen politischen Gruppierungen in der Schweiz zu einem Kompromiss zusammenraufen.

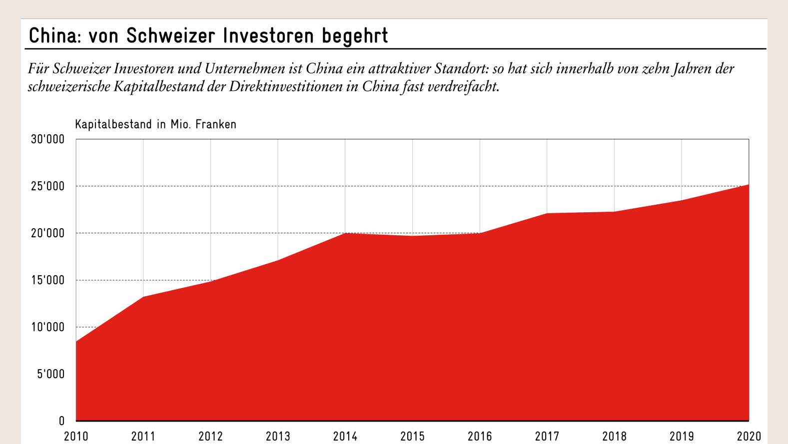
«Es ist an der Zeit, einen EU-Kompromiss zu finden»

Die Zahl

Zwei Solarkraftanlagen im Wallis sollen dem Energiemangel entgegenwirken. Doch ohne eine intelligente Vernetzung ist für die Versorgungssicherheit wenig gewonnen. Heute dauert es gemäss dem Betreiber des Höchstspannungsnetzes Swissgrid rund 15 Jahre, bis eine neue Leitung in Betrieb genommen werden kann. Einsprachen und Gerichtsurteile führen immer wieder zu deutlichen Verzögerungen. *(PAD)*

Schweiz – China

Steigende Compliance-Anforderungen



Das Handelswachstum zwischen der Schweiz und China betrug zwischen 2010 und 2019 durchschnittlich 8,4% pro Jahr. Viele Schweizer Unternehmen erschlossen sich das Wachstumspotenzial des chinesischen Marktes auch mit Direktinvestitionen. Doch die Aussichten trüben sich ein: Berichte über Menschenrechtsverletzungen und eine wirtschaftliche Wachstumsschwäche schrecken auf, und trotz der jüngsten Gespräche von Joe Biden und Xi Jinping befeuert der Konflikt zwischen den Supermächten Befürchtungen über eine wirtschaftliche Abkoppelung. Patrick Dümmler rät ausländischen Investoren deshalb, die Entwicklungen Chinas zu verfolgen und in die eigene Risikoabschätzung einfliessen lassen.

China – bisher von Schweizer Unternehmen umworben

Presseschau

Avenir Suisse in den Medien

Lohnschutz: Marco Salvi hat im Nachrichtenmagazin «10 vor 10» des Schweizer Fernsehens SRF die neuste Avenir-Suisse-Studie «Wen schützt der Lohnschutz?» vorgestellt. So hätten die flankierenden Massnahmen in der Schweiz eine geringe Bedeutung: Nur 0,2% der geleisteten Arbeitsstunden gingen auf die Entsendungen zurück.

Der «Blick» hat Peter Grünenfelder zitiert, der eine sich immer weiter öffnende Lohnschere zwischen Reich und Arm ins Land der Märchen verwies. Die Löhne der niedrig Qualifizierten sind relativ betrachtet sogar stärker gestiegen als jene der hoch Qualifizierten, fasst das Blatt eine Kernaussage unserer Publikation zusammen. Das seien gute Nachrichten, über die sich auch die Gewerkschaften freuen sollten, kommentiert «Blick»-Wirtschaftsredaktor Nicola Imfeld.

Mit dem Lohnschutz drohe die Schweizer Wirtschaft einen Standortvorteil zu verlieren: das Plus eines relativ liberalen Arbeitsmarktes. Der Grund sei, dass man den Gewerkschaften die Zustimmung zur Personenfreizügigkeit teuer abkaufen muss, hat die NZZ in einem Kommentar zu unserer Studie geschrieben. Dieses Tauschgeschäft habe wachsende Kosten. Die «Analyse legt den Schluss nahe, dass der insgesamt wenig zielgenaue ‹Lohnschutz› wohl eher die Gewerkschaften als die Arbeitnehmenden schützt», schreibt Thomas Fuster in seinem Kommentar.

Armin Müller und Simone Luchetta von Tamedia haben eine Reihe von Ökonomen zu den Resultaten unserer Studie befragt. Michael Siegenthaler von der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich beurteilt die neuen Forderungen der Gewerkschaften als «recht hoch gegriffen». In Regionen wie dem Jura oder dem Tessin seien damit Jobverluste zu befürchten. George Sheldon, emeritierter Professor für Arbeitsmarktökonomie an der Universität Basel, pflichtet bei: «Je mehr Arbeitnehmende von einem Mindestlohn betroffen sind, desto stärker könnte das die Beschäftigung beeinträchtigen.» Leidtragende wären vor allem Berufseinsteiger und schwach Qualifizierte», so Sheldon. «Und ich denke, Deutsche würden an der Grenze Schlange stehen.»

Klimapolitik: Die Website des Wirtschaftsverbands «Swisscleantech» hat vom Anlass der parlamentarischen Gruppe «Cleantech» in Bern berichtet. Unter der Leitung von Susanne Vincenz-Stauffacher, Präsidentin der FDP-Frauen, wurde das Thema «Systemwettbewerb auch in der Klimapolitik» erörtert. Patrick Dümmler analysierte die Wirksamkeit von Klimaschutzmassnahmen anhand der Kriterien Effektivität, Effizienz, Technologieneutralität und Kostenwahrheit. Er stellte fest, dass bestehende Lenkungsmassnahmen wie die CO_2-Abgabe oder das Emissionshandelssystem die beste Leistung aufweisen. Sie seien effizienter und kommen den wahren Kosten näher als andere Instrumente. Zudem sind sie komplett technologieneutral.

Energietag bei SRF: Das Schweizer Radio und Fernsehen SRF hat einen ganzen Tag dem Thema Energie gewidmet. Im Energie-Chat haben 44 Expertinnen und Experten in einem grossen Live-Chat Fragen des Publikums beantwortet – darunter auch Patrick Dümmler.

Stromabkommen: Die Stromversorgung in der Schweiz scheint für den Winter gesichert – doch das fehlende Stromabkommen mit der EU könnte laut NZZ zu einem grossen Problem werden. Während Brüssel die Schaffung eines EU-Binnenmarktes für Strom unter Hochdruck vorantreibt, bleibe die Schweiz als Drittland von den Mechanismen und Marktplattformen ausgeschlossen. «In dieser Phase schlägt das Pendel leider in Richtung mehr Staatseingriffe und Regulierung», wird Patrick Dümmler zitiert. Die Schweiz müsse mit der EU ein technisches Abkommen anstreben, um wenigstens das Problem der ungeplanten Stromflüsse zu lösen. Fortschritte in den institutionellen Fragen mit der EU würden dies erleichtern.

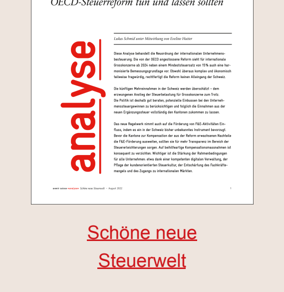
Innovationen: Der Innovationspreis der Schweizer Assekuranz von «HZ Insurance» zeichnet herausragende innovative Versicherungsprodukte und -dienstleistungen sowie Prozesse und Instrumente aus. Der physische Cyber-Schwachstellen-Scan RedBox der Mobliar macht die abstrakte Gefahr durch Cyberattacken greifbar. Jérôme Cosandey hat die Laudatio auf diese Erfindung gehalten, die im Wettbewerb den dritten Rang erreichte.

Schweiz – EU: Die «Basler Zeitung» und das Nachrichtenportal «Nau» haben von einem Webinar berichtet, das der basel-städtische Regierungspräsident Beat Jans zusammen mit Florian Hassler, Staatssekretär des Landes Baden-Württemberg und Vertreter bei der Europäischen Union, durchgeführt hat und an dem auch unser Direktor Peter Grünenfelder als Panelist mitwirkte. Grund für das Webinar sei das langsame Erodieren der bilateralen Verträge, welche Grenzregionen wie Basel beschäftige. Stark betroffen sei die Wirtschaft, aber auch der Bildungs-, Forschungs- und Innovationsbereich, wie unter anderem auch das Erosionsmonitoring von Avenir Suisse zeigt, heisst es im Beitrag von «Nau».

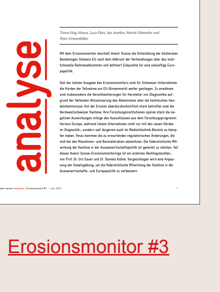
Medienpolitik: Die «Medienwoche» hat vom Auftritt des Aargauer Verlegers und Vizepräsidenten des Verbands Schweizer Medien, Peter Wanner, beim Club de Presse in Genf berichtet. Dort hatte er mit SRG-Generaldirektor Gilles Marchand die Klingen gekreuzt. Als Argumentationshilfe nutzte Wanner unsere Studie «Eine Medienpolitik für das digitale Zeitalter». Der Vorschlag einer Paywall für die Online-Inhalte der SRG fände er «sehr gut», sagte Wanner. So lasse sich ein Gleichgewicht zwischen SRG und privaten Medien erreichen.

Unsere aktuellen Publikationen

Eine Medienpolitik für das digitale Zeitalter



Schöne neue Steuerwelt



Erosionsmonitor #3

© Avenir Suisse, Puls 5, Giessereistrasse 18, 8005 Zürich, Schweiz www.avenir-suisse.ch

Über uns

Datenschutzerklärung
Warum Sie diesen Newsletter bekommen

Leiten Sie den Newsletter an einen Freund weiter

Damit dieser Newsletter nicht in Ihrem Spamordner landet, fügen Sie kommunikation@avenir-suisse.ch Ihrem Adressbuch hinzu.

Avenir Suisse - Puls 5 - Giessereistrasse 18 - 8005 Zürich, Schweiz
Abonnement verwalten